

Antrag 121/II/2025

Beschluss Annahme

Kritische Staatsaufgaben sichern – Kein privater Wachschutz für sicherheitsempfindliche Bereiche

Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag und die SPD-Mitglieder in der Bundesregierung sowie subsidiär, soweit betroffen, die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die SPD-Mitglieder des Berliner Senats werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass in besonders sicherheitsempfindlichen Bereichen Sicherheitsaufgaben nicht mehr an private Sicherheitsanbieter ausgelagert bzw. vergeben werden.

Dies umfasst insbesondere die folgenden Maßnahmen:

- Die Beauftragung von privaten Sicherheitsunternehmen in sicherheitsrelevanten Bereichen muss kritisch überprüft werden.
- Sie wird mittelfristig von eigenem Personal, verantwortet und integriert in den Sicherheitsapparat überführt werden. Das betrifft Polizei, Bundeswehr (u.a. Waffen- Munitionsdepots, IT), Gerichte und Staatsanwaltschaften.
- Prüfung/ Schaffung integrierter Sicherheitsstrukturen wie beim BKA, dem BND und dem BfV mit dauerhafter Bindung des Personals an den beschäftigenden Geschäftsbereich,
- Führung der Sicherheitsstrukturen durch Beamte*innen der Polizei oder Justiz bzw. im Geschäftsbereich BMVg durch Soldat*innen,
- strenge Auswahl von privaten Sicherheitsunternehmen für alle übrigen staatlichen Einrichtungen.

Überweisen an

2027-Bundesparteitag, Landesgruppe